

Schwarzbuch China



**Warum China eine Bedrohung für die
freiheitlich-demokratische Welt darstellt**

Schwarzbuch China

**Warum China eine Bedrohung für die
freiheitlich-demokratische Welt darstellt**

Eine Warnschrift

Charles Sarasin

Kurzzusammenfassung

China möchte spätestens 2049, zur 100-Jahr-Feier der Volksrepublik, die grösste Volkswirtschaft der Welt sein und die Weltpolitik aktiv im eigenen Sinne mitgestalten oder gar dominieren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist das Land in einen weltweiten Systemwettbewerb eingetreten und setzt seine ökonomische, politische und vermehrt auch militärische Macht ein. Die VR China ist eine totalitäre Parteidiktatur marxistisch-leninistischen Zuschnitts mit einer erschreckenden Menschenrechtsbilanz. Die Bürger werden mit modernsten technischen Mitteln engmaschig überwacht, sämtliche Medien sind strikt zensiert und mit Parteipropaganda durchsetzt, das Land wird von ausländischen Informationsquellen weit möglichst abgeschottet. Die Gerichte sind Werkzeuge der Partei, ein unabhängiges Justizsystem existiert nicht. Traditionelle Kulturen, wie z.B. die tibetische und uigurische, werden systematisch zerstört und mit menschenverachtenden Methoden zwangs-sinisiert, z.B. in den Internierungslagern in Ostturkestan (Xinjiang), wo die Menschen Folter und einer Gehirnwäsche ausgesetzt sind. China versucht auch, geographisch zu expandieren. So beansprucht das Land 80 Prozent des Südchinesischen Meeres für sich, versucht, die Grenzverläufe mit Indien und Bhutan mit militärischen Mitteln zu seinen Gunsten zu verschieben und droht Taiwan unverhohlen mit einer militärischen Annexion. Der Ukrainekrieg hat uns die Risiken der Abhängigkeit von einer aggressiven Diktatur drastisch vor Augen geführt. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von China ist noch um ein Vielfaches grösser als diejenige von Russland. Wir sollten deshalb die Zeit nutzen und uns sukzessive von China weniger abhängig machen, um wirtschaftlichen und politischen Risiken zu verringern.

Zürich, Januar 2023 (3. Auflage)

Herausgegeben von

Kulturzentrum Songtsen House, Zürich (www.songtsenhouse.ch)

Uigurischer Verein der Schweiz

Weltkongress der Uiguren

Kopieren und Verbreiten ausdrücklich erwünscht

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	7
1.1	China ist eine totalitäre Parteidiktatur	7
1.2	China fährt eine aggressive Expansionsstrategie	7
1.3	Der Westen ist zunehmend abhängig von China	7
2	Forderungen	9
2.1	Die Forderungen im Überblick	9
2.2	Die Forderungen im Detail	11
2.2.1	Forderungen auf Ebene Bund	11
2.2.2	Forderungen auf Ebene der Kantone	17
3	Hintergründe	21
3.1	Wo kommt China her?	21
3.2	China ist eine totalitäre Parteidiktatur	23
3.3	Allmächtiger Überwachungsstaat ohne rechtsstaatliches Fundament	25
3.4	Das Konzept der universellen Menschenrechte ist nicht akzeptiert	27
3.5	Sämtliche Medien werden rigide kontrolliert und zensuriert	27
3.6	Zwangs-Sinisierung und ethnischer Genozid	28
3.7	Exkurs: Betreibt China an der uigurischen und tibetischen Bevölkerung einen Genozid im juristischen Sinne?	31
3.8	Systematischer Organraub mittels gezielter Tötung von politischen und religiösen Gefangenen sowie ethnischen Minderheiten	33
3.9	Religionsausübung wird systematisch behindert	34
3.10	China expandiert geographisch	36
3.11	Schulden- und Geiseldiplomatie	38
3.12	China exportiert sein autoritäres System	40
3.13	China manipuliert Entscheidungsträger im Westen mittels Einheitsfront	41
3.14	Der Westen wird zunehmend erpressbar	43
3.15	Was sind mögliche Konsequenzen?	45
4	China-Strategie des Schweizerischen Bundesrates	47
4.1	Drei Prinzipien für die Zusammenarbeit	47
4.2	Beurteilung	47

1.1 China ist eine totalitäre Parteidiktatur

China ist nicht nur zu einer starken Wirtschaftsmacht geworden, sondern eine in allen Bereichen weltweit einflussreiche Nation. Das politische System des Landes basiert im Kern auf einer totalitären Parteidiktatur marxistisch-leninistischen Zuschnitts. Die persönlichen Freiheitsrechte der Menschen sind eingeschränkt. Von der Parteilinie abweichende Meinungen werden nicht geduldet. Dies wird durch eine engmaschige Überwachung der Bürger, die strikte Zensur aller Medien sowie die Abschottung des Landes von ausländischen Informationsquellen sichergestellt. Menschen in traditionellen Kulturen wie der tibetischen und der uigurischen werden mit menschenverachtenden Methoden zwangs-sinisiert und ihre traditionellen Kulturen zerstört. Religionsgemeinschaften werden in der Ausübung ihres Glaubens stark eingeschränkt.

1.2 China fährt eine aggressive Expansionsstrategie

Die Führung von Partei und Staat verbreitet ihre marxistisch-leninistische Doktrin auf eine aggressive Art weltweit und mittels eines Systems von Unterwanderung, Belohnung und Bestrafung. Damit setzt die VR China freiheitlich-demokratische Staaten unter Druck, sich den Ambitionen einer totalitären Parteidiktatur beugen. Territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer und an die Anrainerstaaten werden zunehmend mit militärischen Mitteln geltend gemacht. Die Gefahr einer Invasion in Taiwan ist real.

1.3 Der Westen ist zunehmend abhängig von China

Im aktuellen Fünfjahresplan wird die Politik der zwei Kreisläufe festgeschrieben: die Konzentration auf die heimische Ökonomie und Stärkung des inländischen Konsums einerseits bei gleichzeitiger Exportförderung andererseits. Der Westen wird wirtschaftlich somit immer abhängiger von China, nicht aber umgekehrt. Diese Asymmetrie der Abhängigkeiten kann als Hebel zur Durchsetzung politischer Forderungen missbraucht werden. China ist somit zu einer Gefahr für freiheitlich-demokratische Systeme geworden. Der Westen hat darauf bisher noch keine adäquate Antwort gefunden.

2 Forderungen

2.1 Die Forderungen im Überblick

Bund

- 1. Unterstützung der EU-Sanktionen als Antwort auf die Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan (Xinjiang)**
- 2. Offizielle Anerkennung der Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan (Xinjiang) als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (gemäss Art. 7 des Römer Statuts)**
- 3. Kündigung des Freihandelsabkommens der Schweiz mit China**
- 4. Importverbot für Güter, zu deren Herstellung mit grosser Wahrscheinlichkeit Zwangsarbeit angewendet wird**
- 5. Verbot der Übernahme von Unternehmen ab einer bestimmten Grösse sowie von Unternehmen mit Schlüsseltechnologien durch staatsnahe ausländische Investoren („Lex China“)**
- 6. Offizieller Abbruch des sog. „Menschenrechtsdialogs“**

Kantone

- 1. Kündigung von Städtepartnerschaften mit chinesischen Städten**
- 2. Begrenzung der Zusammenarbeit mit China auf akademischer Ebene**
- 3. Keine Duldung von Konfuzius-Instituten und ähnliche Organisationen an Schweizer Universitäten**
- 4. Keine Kooperationen mit staatsnahen chinesischen Organisationen**

2.2 Die Forderungen im Detail

2.2.1 Forderungen auf Ebene Bund

1. Unterstützung der EU-Sanktionen

Als Reaktion auf die umfassende Verletzung der Menschenrechte in Ostturkestan (Xinjiang) hat die EU Sanktionen gegenüber ausgewählten chinesischen Funktionären verhängt. China hat erwartungsgemäss sofort mit Gegensanktionen reagiert. Solche Sanktionen können auch einmal die Schweiz treffen.

Zur Erinnerung: 2010 wurden im Zuge der Vergabe des Friedensnobelpreises an den Dissidenten Liu Xiaobo die diplomatischen Beziehungen zu Norwegen für mehrere Jahre auf Eis gelegt und erst nach einem demütigenden Kniefall der norwegischen Regierung wieder reaktiviert. Auch Schweden, Australien und jüngst Litauen haben bereits unliebsame Erfahrungen mit Retorsionsmassnahmen gemacht. 2020 wurde Australiens Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung zum Ursprung des Corona-Virus mit massiven wirtschaftlichen Sanktionen beantwortet. 2021 verhängte China über Litauen sowie europäische Unternehmen, die in Litauen gefertigte Teile und Komponenten verwenden einen faktischen Handelsboykott, da das Land eine offizielle Niederlassung unter dem Namen „Taiwan“ zugelassen hatte. Die Verhaftung der Finanzchefin von Huawei, Meng Wanzhou, in Kanada im Jahr 2018 führte zur Inhaftierung von zwei kanadischen Staatsbürgern, die bis zur Freilassung von Meng im Herbst 2021 unter fadenscheinigen Gründen in China festgehalten wurden, de facto als Geiseln.

Ähnliches kann auch der Schweiz bzw. Schweizer Bürgerinnen und Bürgern zustossen. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns in diesem Punkt mit der EU solidarisch zeigen. Eines Tages könnte die Schweiz in Bezug auf China ihrerseits auf die Solidarität der EU angewiesen sein, z.B. wenn Schweizer Bürger in China festgehalten werden.

2. Offizielle Deklaration der Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan (Xinjiang) als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gemäss Art. 7 des Römer Statuts

Gemäss dem „Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes“ sind „Verbrechen gegen die Menschlichkeit (...) schwerste Menschenrechtsverletzungen

gen.“ Gemäss Art. 7 des Statuts handelt es sich bei diesen Verbrechen um Taten „die im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen werden und etwa folgende Handlungen umfassen können: vorsätzliche Tötung, Ausrottung, Versklavung, Vertreibung, Freiheitsentzug, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation, Verfolgung einer bestimmten Gruppe, zwangsweises Verschwindenlassen von Personen, etc.“¹

Es gibt starke Indizien dafür, dass die chinesische Führung im Rahmen ihrer Sinisierungskampagnen darauf hinarbeitet, durch physische und psychische Formen der Unterdrückung traditionelle Kulturen wie die uigurische, tibetische und andere gezielt auszulöschen. Die in diesem Zusammenhang erfolgende systematische Anwendung von Freiheitsentzug, Folter, Vergewaltigung, Zwangssterilisation und Trennung der Kinder von den Eltern zwecks Indoktrination in Ostturkestan (Xinjiang) und Tibet ist ausreichend durch verlässliche Zeugenaussagen und Dokumente, teilweise auch offizieller Herkunft, belegt.

3. Kündigung des Freihandelsabkommens der Schweiz mit China

Die VR China ist der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz, nach der EU und den USA. 2014 schloss die Schweiz als bisher einziges europäisches Land neben Island ein Freihandelsabkommen mit der VR China ab. Seit 2018 weigert sich China, das Freihandelsabkommen anzupassen, z. B. bei der Zollbefreiung für weitere Schweizer Produkte. Bisher gelang es nicht einmal, sich auf eine Liste von zu verhandelnden Themen zu einigen.² Als Grund für die Verweigerung wird die immer lautere Kritik in der Schweiz an der Menschenrechtslage in China angegeben.

Die von verschiedenen Seiten geforderte Ergänzung des Abkommens um Regelungen zu den Menschenrechten ist deshalb im aktuellen Kontext unrealistisch. Sie zielt auch am Problem vorbei. Die meisten in China involvierten europäischen Unternehmen sind aus Reputationsgründen schon heute bestrebt, nicht mit Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang gebracht zu werden

¹ Quelle: [humanrights.ch, Völkerstrafrecht – Rechtsquellen \(https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-themen/verbrechen-menschlichkeit\)](https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-themen/verbrechen-menschlichkeit)

² Quelle: NZZ magazin, Die chinesische Sackgasse, 28.05.2022 (<https://magazin.nzz.ch/nzz-amsonntag/schweiz/die-chinesische-sackgasse-ld.1686274>)

und agieren entsprechend vorsichtig. Zudem lässt sich die Einhaltung der Menschenrechte in China aufgrund der strikten Kontrolle der Informationsflüsse kaum überprüfen.

Es ist zu befürchten, dass solche Ergänzungen des Freihandelsabkommens eine blosser Alibifunktion haben würden, ansonsten aber wirkungslos blieben. Sie würden im Gegenteil beiden Seiten, d. h. sowohl der Wirtschaft aus dem Westen als auch der chinesischen Führung, die Möglichkeit einräumen, unter Verweis auf diese Ergänzungen weiterzumachen wie bisher. Ausser der zunehmenden Abhängigkeit der Schweiz von China würde sich nichts ändern.

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Akteuren aus der VR China gibt es noch weitere kritische Aspekte:

- *Asymmetrie der Abhängigkeiten.* Freier Handel hat in aller Regel einen für alle Seiten wohlstandsvermehrenden Effekt und ist grundsätzlich positiv zu werten, wenigstens solange Herstellung und Handel unter fairen Bedingungen stattfinden und sich die Handelspartner auf Augenhöhe begegnen. Während China im neuen Fünfjahresplan die mittelfristige Unabhängigkeit vom Westen in Wirtschaft und Technologie festgeschrieben hat („Politik der zwei Kreisläufe“), sind Schweizer Unternehmen immer zahlreicher und stärker in China engagiert. Die Schweiz wird damit wirtschaftlich immer abhängiger von China, nicht aber umgekehrt. Das ist eine ungesunde Asymmetrie von Abhängigkeiten. Die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von einem aggressiven, expansiven und totalitären Staat, der die Wirtschaft skrupellos als Machtinstrument einsetzt und die Menschenrechte mit Füßen tritt, stellt ein Risiko für unsere freiheitlich-demokratische Kultur dar. Es ist nicht auszuschliessen, dass diese Abhängigkeit von der chinesischen Führung dereinst ausgenutzt wird, um politische Forderungen durchzusetzen. Kurz: Die Schweiz wird erpressbar.
- *Verlust von Knowhow und unfaire Konkurrenz.* Durch die Auslagerung wichtiger Herstellprozesse nach China geht bei uns auch das damit verbundene Knowhow teilweise verloren. Das führt nicht nur zu Abhängigkeiten, sondern auch zur Konkurrenzierung unserer Industrie durch Produkte, die in China nur dank unserem Knowhow hergestellt werden können und anschliessend bei uns (teilweise zu Dumpingpreisen) auf den Markt kommen. Inwiefern die Preise von Gütern aus China tatsächlich die realen Herstellkosten widerspiegeln oder vom Staat verordnete Dumpingpreise darstellen,

lässt sich zudem kaum überprüfen. Die EU war vor einigen Jahren beispielsweise gezwungen, ihre Solarbranche durch Anti-Dumping- und Anti-Subventionszölle auf Solarmodulen aus China vor dem Kollaps zu bewahren. Es steht der Verdacht im Raum, dass China die Solarmodule bewusst zu Dumpingpreisen anbot bzw. anbietet, um die europäische Konkurrenz auszuschalten. Zudem ist davon auszugehen, dass bei den meist in Ostturkestan (Xinjiang) hergestellten Solarmodulen Zwangsarbeit eingesetzt wird.

- *Umweltbelastung und Risiken bei den Lieferketten.* Das Outsourcing nach China ist wegen des hohen Kohleanteils in der lokalen Energieerzeugung sowie der langen Transportwege auch aus ökologischer Sicht problematisch. Die Importe aus China erhöhen unseren CO₂-Fussabdruck indirekt massiv. Die Lieferprobleme im Zuge der Corona-Pandemie haben zudem gezeigt, wie anfällig dieses System auf Störungen in den Lieferketten reagiert. Die damit verbundenen Mehrkosten durch höhere Transportkosten, Lieferverzögerungen den Kunden gegenüber, höhere Lagerkosten sowie eine höhere Kapitalbindung im Nettoumlaufvermögen fressen einen guten Teil des Kostenvorteils des Outsourcing nach China auf.
- *Risiko einer schweren Wirtschaftskrise infolge von Sanktionen.* Im Rahmen der Invasion von russischen Truppen in die Ukraine im Februar 2022 hat der Bundesrat beschlossen, die Sanktionen der EU zu übernehmen. Der Entscheid wird von der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung mitgetragen. Die Schweiz hat daraufhin Vermögenswerte von sanktionierten Personen in Milliardenhöhe blockiert. Verschiedene Schweizer Unternehmen haben ihr Engagement in Russland stark reduziert oder zumindest temporär eingestellt – nicht zuletzt, um ihre Reputation nicht aufs Spiel zu setzen. Im Zuge von Retorsionsmassnahmen hat Russland u.a. Luxusuhren von Audemars Piguet im Wert von mehreren Millionen Franken wegen angeblicher Zollvergehen konfisziert. China ist für die Schweiz der ungleich wichtigere Handelspartner als Russland. Es ist zu befürchten, dass China in den nächsten Jahren versuchen wird, Taiwan mit militärischen Mitteln zu annektieren. Falls dieses Szenarium tatsächlich eintritt, wird die Geschäftstätigkeit westlicher Unternehmen in China stark erschwert, wenn nicht gar grundlegend in Frage gestellt. Es wäre mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen zu rechnen. Dennoch bauen westliche Unternehmen das Chinageschäft weiter aus und erhöhen so nicht nur ihre eigene Risiken sondern auch

das Risiko einer schweren Wirtschaftskrise. Das Freihandelsabkommen bietet einen starken Anreiz, die Geschäftstätigkeit in China auszubauen und die Risiken auf eine unverantwortliche Weise weiter zu erhöhen.

Um die wirtschaftliche Abhängigkeit und die damit verbundenen potenziellen Risiken für unser Land zu verringern, sollte das Freihandelsabkommen mit China gekündigt und es sollten moderate Zölle für chinesische Produkte und Halbfabrikate eingeführt werden.

4. Importverbot für Güter, zu deren Herstellung mit grosser Wahrscheinlichkeit Zwangsarbeit angewendet wird

Es ist bekannt, dass in chinesischen Straflagern Produkte hergestellt werden, die zum Teil in den Export gehen, sei es als Fertigprodukte oder Komponenten von solchen. Die Auswertungen von Satellitenbildern aus Ostturkestan (Xinjiang) legen die Vermutung nahe, dass die KZ-ähnlichen Umerziehungslager mit Arbeitsstätten gekoppelt sind, die textile Produkte und weitere Waren auch für den Export herstellen. Da diese Produkte unter sklavenähnlichen Umständen hergestellt werden, können sie auch zu einem tiefen Preis exportiert werden. Einmal abgesehen von den menschenverachtenden Umständen ihrer Herstellung, schaden solche Produkte auch unserer Wirtschaft, die gegen Dumping-Preise nicht konkurrenzieren kann. Dies fördert die Deindustrialisierung unseres Landes, was Wohlstand und Arbeitsplätze gefährdet. Der Import von Produkten aus Ostturkestan (Xinjiang) sollte deshalb gesetzlich verboten werden.

5. Investitionsverbot

Die Schweiz ist arm an natürlichen Ressourcen. Umso wichtiger sind unsere Innovationskraft und unser technisches Knowhow. Investitionen von chinesischen Investoren in Schweizer Unternehmen bergen die Gefahr eines Abflusses von Knowhow und Innovationen nach China. Das kann unsere Position im globalen Konkurrenzkampf schwächen und zu Wohlstandseinbussen führen. Da sich in China kein Unternehmen dem Einfluss der Partei entziehen kann, ist bei Übernahmen von Schweizer Unternehmen durch Investoren aus China mindestens indirekt immer auch die KPCh involviert. Das sollte v. a. bei kritischen Infrastrukturen, Grossunternehmen und Unternehmen mit Schlüsseltechnologien unbedingt vermieden werden. Über Investitionen in kritische Infra-

strukturen und Unternehmen des Service Public hat ein fremdes Land die Möglichkeit, uns unter Druck zu setzen oder gar zu sabotieren.

Zu fordern ist deshalb 1. ein generelles Verbot der Übernahme von kritischen Infrastrukturen sowie für die Versorgung der Schweiz zentraler Unternehmen des Service Public durch ausländische Investoren und 2. ein Verbot der Übernahme von Unternehmen ab einer bestimmten Grösse sowie von Unternehmen mit Schlüsseltechnologien durch (staatsnahe) ausländische Investoren („Lex China“).

6. Offizieller Abbruch des sog. «Menschenrechtsdialogs»

In der neuen China-Strategie des Bundesrates werden die Menschenrechtsverletzungen in China thematisiert. Allerdings sind, ausser dem bereits in der Vergangenheit geführten Menschenrechtsdialog, keine weiteren Massnahmen geplant. Die 1991 etablierten Gespräche wurden jedoch bereits 2019 von China einseitig beendet und bis heute nicht wieder aufgenommen.

Gespräche hinter verschlossenen Türen (stille Diplomatie) verunmöglichen eine Kontrolle durch unabhängige Dritte. Somit kann der Nutzen solcher Gespräche nicht überprüft werden. Es ist zu befürchten, dass der Dialog bisher nur wenig bewirkt hat und dass angesichts der vernachlässigbaren Grösse und Relevanz der Schweiz für China mit diesem Ansatz auch in Zukunft kaum Erfolge zu erzielen sind.

Die Schweizer Politik überschätzt ihren Einfluss massiv, wenn sie glaubt oder vorgibt, dass sich durch eine Fortführung des Menschenrechtsdialogs in China etwas ändern könnte. Der Menschenrechtsdialog kann vielmehr von beiden Seiten dazu benutzt werden, den Status Quo mit Hinweis auf laufende Gespräche zu rechtfertigen. Letztlich handelt sich also um eine reine Alibiübung, die zudem von der chinesischen Führung propagandistisch ausgeschlachtet werden kann.

Der Ansatz ist im besten Fall naiv, eher aber dient er als Alibi zum alleinigen Schutz von reinen Wirtschaftsinteressen. Ein sicheres Indiz für letzteres ist das Einstehen von Wirtschaftsvertretern mit China-Bezug für diesen Dialog. So setzen Wirtschaftsvertreter wie z. B. Franz Grüter (Unternehmer und Nationalrat), Martin Hirzel (Präsident von Swissmem, dem Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie) sowie Jean-Philippe Kohl (Vizedi-

rektor und Bereichsleiter Wirtschaftspolitik bei Swissmem) auf stille Diplomatie.

Wenn man einen echten Dialog mit China auf Augenhöhe führen wollte, müsste dieser mindestens auf der Ebene der EU mit Beteiligung der Schweiz stattfinden. Ob sich China zu einem solchen Dialog bereit erklären würde, ist zurzeit aber mehr als fraglich.

2.2.2 Forderungen auf Ebene der Kantone

1. Kündigung von Städtepartnerschaften mit chinesischen Städten

Städtepartnerschaften können von der chinesischen Seite propagandistisch instrumentalisiert werden. Zudem werden durch Gefälligkeiten unerwünschte Abhängigkeiten geschaffen, die den moralischen Druck erzeugen, sich mit Gegenleistungen zu revanchieren, etwa wegzuschauen, wenn Mitarbeiter der chinesischen Botschaft friedlich demonstrierende Tibeterinnen und Tibeter physisch angreifen. So geschehen am Mondfest in Basel, 2014³. Zur Erinnerung: Basel hat eine Städtepartnerschaft mit Shanghai.

2. Klare Regelung der Zusammenarbeit mit China auf akademischer Ebene

Für die an natürlichen Rohstoffen arme Schweiz sind Forschung und Bildung sowie internationale Kooperationen im akademischen Bereich ein zentraler Wohlfahrtsfaktor. Die Zusammenarbeit mit chinesischen Universitäten kann der Forschung und Lehre auf beiden Seiten interessante Impulse vermitteln. In gewissen Ländern, wie z.B. den USA, leisten chinesische Studenten zudem einen wichtigen Beitrag an das Budget der oft privaten Universitäten. Viele westliche Universitäten sind denn auch Kooperationen mit chinesischen Universitäten eingegangen. Zehntausende von chinesischen Staatsbürgern studieren und forschen an europäischen, amerikanischen, kanadischen und australi-

³ Quellen: SRF, News, Baselland vom 08.09.2014 (<https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/chinesische-sicherheitskraefte-unterbinden-tibet-protest>)

Basler Zeitung, Tibet-Aktivistin reicht Strafanzeige wegen eines Vorfalles am Mondfest ein, 12.09.2014 (<https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/tibet-aktivistin-reicht-strafanzeige-wegen-eines-vorfalles-am-mondfest-ein-ld.1642917>)

schen Universitäten. Tausende Studenten und Doktoranden aus dem Westen studieren und forschen an chinesischen Universitäten, teilweise sogar mit einem Stipendium des chinesischen Staates. Zudem findet auch ein Austausch auf der Ebene von Gastprofessuren statt.

Im Rahmen der „China Science Investigation“ wurden auf Initiative der niederländischen Investigativplattform „Follow the Money“ mit Unterstützung des deutschen Recherchezentrums „Correctiv“ die akademischen Beziehungen zwischen Europa und China untersucht. Dabei konnten für die letzten 22 Jahre rund 350'000 Forschungsk Kooperationen europäischer Hochschulen mit chinesischen Universitäten eruiert werden, wobei rund 3'000 dieser Kooperationen mit Forschern an chinesischen Militäruniversitäten stattfanden. Besonders gefragt ist u. a. die Forschung zu Drohnen- und Überwachungstechnologien sowie zur Weiterentwicklung von Radarsystemen. Dabei ist zu beachten, dass die chinesischen Militäruniversitäten über die Zentrale Militärkommission eng mit der Staats- und Parteiführung verbunden sind. Europäische Universitäten arbeiten selbst mit Universitäten wie der NUDT und der CAEP zusammen, die wegen Forschung, Entwicklung und Tests von Nuklearwaffen auf einer amerikanischen Sanktionsliste stehen.

Bereits 2016 mahnte der Nachrichtendienst der Schweiz zur Vorsicht vor Wirtschaftsspionage. Mittlerweile wurde die Warnung auf die Spionage im Rahmen der Wissenschaft ausgedehnt.⁴

Die Hochschulen werden heute vermehrt für politisch-ideologische und militärische Zwecke instrumentalisiert. Studenten und Lehrkörper werden eng überwacht. Kritik am System wird nicht geduldet.

Die chinesischen Behörden versuchen auch, die im Ausland forschenden und studierenden Staatsbürger unter Kontrolle zu behalten und für die eigene technische und wirtschaftliche Entwicklung sowie für politische Zwecke nutzbar zu machen. So sind die chinesischen Studenten in zahlreichen chinesischen Studentenvereinigungen organisiert. Diese sind meist Teil der Einheitsfront, einer von der KPCh kontrollierten und weitverzweigten Organisation, die im In- und Ausland Individuen und Organisationen zugunsten von China beein-

⁴ Quelle: NZZ, Xi Jinping baut die führende Armee der Welt – und Europa hilft ihm dabei, 19.05.2022 (<https://www.nzz.ch/international/wie-chinas-militaerforscher-von-europas-universitaeten-profitieren-ld.1683743>)

flussen und die chinesischen Staatsangehörigen im Ausland unter politischer Kontrolle halten soll.

Die chinesischen Studentenvereinigungen versuchen, meist mit Unterstützung der jeweiligen chinesischen Botschaft, China-kritische Aussagen und Veranstaltungen an westlichen Universitäten zu verhindern und im akademischen Betrieb die offizielle Meinung der KPCh durchzusetzen.

Je mehr westliche Universitäten finanziell, organisatorisch und akademisch von der Kooperation mit chinesischen Universitäten abhängen, umso grösser ist die Gefahr, dass Druckversuche von chinesischer Seite auf die Inhalte akademischer Publikationen sowie die Themenauswahl von Forschungsprojekten, Vorlesungen, Ausstellungen und Veranstaltungen erfolgreich sind – mindestens im Sinne einer Selbstzensur.

Die Anzahl Studenten, Doktoranten und Gastprofessoren sowie die Kooperationen mit chinesischen Universitäten sollten deshalb auf ein unterkritisches Mass beschränkt werden, um die Kraft von Druckversuchen, den Abfluss von Knowhow und den potenziellen Einfluss der Einheitsfront in der Schweiz zu minimieren. Zudem sollten die chinesischen Partner zur Einhaltung von Standards verpflichtet werden, die eine freie Forschung und Lehre ermöglichen.

3. Keine Duldung von Konfuzius-Instituten und ähnlichen Organisationen an Universitäten

Mittels solcher Institutionen betreibt China gezielte Propaganda und versucht, Schweizerinnen und Schweizer zum Nutzen der KPCh zu indoktrinieren.

4. Keine Kooperationen mit chinesischen Organisationen

Staatliche oder vom Staat subventionierte Organisationen in der Schweiz sind angehalten, keine Kooperationen mit chinesischen Organisationen einzugehen, zumal letztere in aller Regel über die Einheitsfront durch die KPCh kontrolliert werden. Ein Beispiel dafür sind die Schlösser Aargau, die über das Schloss Habsburg eine Kooperation mit einem Schloss in China abgeschlossen haben. Die entsprechende internationale Schlossorganisation in Lausanne wiederum ist dominiert von Chinesinnen und Chinesen, die der „Einheitsfront“ nahe stehen. Die „Einheitsfront“ ist eine von der KPCh kontrollierte und weitverzweig-

te Organisation, die im In- und Ausland nicht-kommunistische Individuen und Organisationen zugunsten von China beeinflussen soll.

3 Hintergründe

3.1 Wo kommt China her?

China gehört zu den ältesten Hochkulturen der Menschheit. Schriftliche Aufzeichnungen reichen über 3500 Jahre zurück. Die rund 2000-jährige Geschichte des chinesischen Kaiserreichs lässt sich grob in 12 Phasen bzw. Dynastien gliedern. Die letzte dieser Dynastien war die durch die Mandschu gegründete Qing-Dynastie (1644–1911), deren Niedergang im 19. Jahrhundert von zahlreichen Volksaufständen und den Demütigungen durch militärische Interventionen verschiedener Westmächte begleitet wurde. Stichworte dazu sind der Erste (1839 – 1842) und der Zweite Opiumkrieg (1856 – 1860) sowie der Boxeraufstand (1900). In allen drei Konflikten wurden dem Kaiserreich von Westmächten Verträge zu dessen Nachteil aufgezwungen. Diese Demütigungen bilden auch heute noch die Basis für ein anti-westliches Narrativ der KPCh. Die häufig durch brutale Unterdrückung geprägte kolonialistische Vergangenheit vieler westlicher Staaten bietet sich zudem als Rechtfertigung für den eigenen Umgang mit ethnischen Minderheiten sowie für die eigenen kolonialistische Ambitionen an. Dem Westen wird dabei aufgrund seiner Geschichte jedes Recht zur Kritik abgesprochen.

Im Jahr 1911 dankte der letzte Kaiser im Zuge der Xinhai-Revolution ab. Die Zeit bis zur offiziellen Machtübernahme durch die KPCh unter Mao Zedong im Dezember 1949 war durch Machtkämpfe, politische Wirren und bürgerkriegsähnliche Zustände geprägt. Unter der Herrschaft von Mao und der KPCh ging es den Menschen jedoch nicht viel besser. So ist es noch keine 70 Jahre her, dass in China Millionen von Menschen verhungert sind – als Folge von utopischen sozialistischen Experimenten ohne jeden Realitätssinn („Der grosse Sprung nach vorn“, 1958 – 1961). Dies war nur möglich, weil die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) seit ihrer Machtübernahme 1951 jeden Widerstand im Volk mit brutaler Gewalt gebrochen sowie alle Kritiker und (potenziellen) Gegner im Rahmen von systematischen Säuberungsaktionen entweder eingesperrt oder umgebracht hatte.

Kaum fünf Jahre nach dem Ende dieses Desasters begann die „Kulturrevolution“ (1966 – 1976), im Zuge derer wieder Millionen von Menschen zu Tode kamen sowie die Existenz und die Gesundheit von Millionen weiterer Men-

schen zerstört wurden. Kulturgüter und religiöse Kultstätten wurden systematisch dem Erdboden gleichgemacht; die Wirtschaft stand während dieser Zeit praktisch still. Mao Zedong leitete diese politische Kampagne 1966 ein, um den „Neuen Menschen“ zu schaffen. Dieser sollte ein „selbstloses Gemeinschaftswesen in einer herrschaftsfreien Gesellschaft“ sein (Oskar Weggel). Zur Erreichung dieses Ziels sollten die „vier Relikte“ zerstört werden: alte Gedanken, alte Kultur, alte Gebräuche und alte Gewohnheiten. An ihre Stelle sollten die „Mao-Zedong-Ideen“ treten (man beachte die Parallele zu den „Xi-Jinping-Gedanken“). Auch wenn die destruktive Kraft der Kulturrevolution über eine schwer kontrollierbare Eigendynamik befeuert gewesen sein mag, sind letztlich in erster Linie die KPCh und ihre damaligen Exponenten verantwortlich für diese Geschehnisse.

In der Zwischenzeit hat sich China in materieller Hinsicht zumindest in den urbanen Zentren stark entwickelt und in Bezug auf die Infrastruktur vielerorts europäisches Niveau erreicht. Die KPCh und ihre „Freunde“ im Westen weisen denn auch gerne darauf hin, dass die chinesische Führung bzw. die KPCh in den letzten 30 Jahren 800 Millionen Menschen aus der Armut befreit habe. Nicht erwähnt wird jedoch, dass dieselbe KPCh die Menschen aus ideologischer Verblendung und zum Erhalt der eigenen Macht jahrzehntelang in Armut und Elend gehalten hat.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist nicht dem Verdienst der KPCh, sondern der durch Deng Xiaoping eingeleiteten wirtschaftlichen Liberalisierung, dem Fleiss und der Energie der Chinesinnen und Chinesen sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen zu verdanken.

Hinzu kommen verschiedene unfaire Praktiken von Seiten Chinas (Diebstahl von geistigem Eigentum, Handelshemmnisse). Man betrachte in diesem Zusammenhang etwa Taiwan oder Südkorea, die sich in den letzten Jahrzehnten sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich sehr gut entwickelt haben – ohne kommunistischen Parteiapparat.

Das Verdienst der KPCh besteht schwergewichtig darin, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht aktiv behindert zu haben.

Der Wandel in China wurde von Politik und Wirtschaft in Europa und den USA begrüßt und für das eigene wirtschaftliche Wachstum genutzt. Dabei wurde übersehen, dass sich die totalitäre politische Struktur des Landes nicht grundlegend verändert hat. Dem westlichen Goldrausch konnte nicht einmal das Tian'anmen-Massaker viel anhaben. Bei der gewaltsamen Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989 kamen vermutlich mehrere tausend mehrheitlich junge Menschen ums Leben. Mit Xi Jinping ist heute ein Generalsekretär an der Macht, der im Hinblick auf die Öffnung des Landes und politische Freiheiten einen sehr restriktiven Kurs fährt.

3.2 China ist eine totalitäre Parteidiktatur

Bei allen Fortschritten darf nicht vergessen werden, dass China nach wie vor eine durch die marxistisch-leninistische Ideologie geprägte totalitäre Parteidiktatur ist.

Gemäss marxistisch-leninistischer Ideologie dient der Staat nicht den Menschen, sondern die Menschen haben dem Kollektiv zu dienen. Das einzelne menschliche Leben hat in diesem Kontext keinen inhärenten Wert, den es zu schützen gilt. Menschen können deshalb beliebig „geopfert“ werden, um die (vermeintlichen) Ziele des Kollektivs zu erreichen. Im Marxismus-Leninismus wird das Kollektiv durch die Partei bzw. deren Führung repräsentiert. Letztere besteht in China aus einer sehr mächtigen, sehr reichen und hoch korrupten Nomenklatura („Roter Adel“). Die Vertreter der Nomenklatura haben keinerlei Interesse an Veränderungen, die ihre Macht und ihren Reichtum in Frage stellen könnten.⁵

Die gesamte politische und militärische Macht ist auch heute noch in den Händen der KPCh konzentriert. Partei und Führung haben trotz äusseren Zugeständnissen an den westlichen Lebensstil weder ihre grundlegende Ideologie noch ihren umfassenden Machtanspruch aufgegeben. Zentrale westliche Werte wie Menschenrechte und Demokratie werden explizit abgelehnt. Begründet

⁵ Das folgende Buch vermittelt Einblicke in diese Welt: Desmond Shum, Chinesisches Roulette, ein Ex-Mitglied der roten Milliardärskaste packt aus, Droemer Verlag 2022

wird dies damit, dass China ein armes Land sei und „das Recht auf Entwicklung“ zurzeit Vorrang vor einer „westlichen“ Vorstellung von Menschenrechten haben müsse.

Nach einer Zeit des wirtschaftlichen Aufbruchs wurde die marxistisch-leninistische Doktrin unter dem repressiven Regime von Xi Jinping in den letzten Jahren wieder sichtbar. Die aktuelle Führung hat in jungen Jahren die Kulturrevolution und deren Schrecken am eigenen Leib erfahren. Dennoch erklärt sich der aktuelle Generalsekretär, Xi Jinping, unbeirrt als Verehrer von Mao. Zur Erinnerung: der „Grosse Vorsitzende“ Mao wird für 20 bis 45 Millionen Tote durch Hungersnöte, Bestrafungsaktionen und politische Säuberungen verantwortlich gemacht. Die korrupte Partielite weiss genau, dass sowohl die eigene Macht als auch die Macht der Partei labil sind und jederzeit zu Ende sein können – mit unabsehbaren Folgen für die Betroffenen und ihre Familien. Es überrascht deshalb nicht, dass viele Parteikader erhebliche Vermögenswerte ins Ausland geschafft haben und viele ihrer Kinder im Westen leben.

Die Partei und ihre Exponenten haben in der Vergangenheit verschiedentlich bewiesen, dass ihnen jedes Mittel recht ist, um Macht und Pfründe abzusichern, auch wenn dies den Tod und das Verderben von Millionen von Menschen zur Folge haben sollte. Daran hat sich nichts verändert. Das sollten wir im Westen endlich zur Kenntnis nehmen. Wir sollten uns nicht von wirtschaftlichen Kennzahlen und der Glitzerwelt von Metropolen wie Shanghai und Shenzhen blenden lassen. Das wäre naiv und kann dazu führen, dass uns China dereinst dominieren wird.

Das alles haben wir, geblendet von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, eine Zeit lang aus den Augen verloren. Bei allen Mängeln, die unsere westlichen freiheitlich-demokratischen Systeme aufweisen, verfügen diese über ein erhebliches Mass an Soft-Power⁶, nicht nur gegenüber den Menschen im eigenen Land. Parteidiktaturen wie China sind aufgrund ihrer totalitären Ideologie hingegen gezwungen, auf die wenig attraktive Macht ihrer Sicherheitskräfte

⁶ „Soft Power ist ein von Joseph Nye geprägter politikwissenschaftlicher Begriff, der die politische Machtausübung auf Grundlage kultureller Attraktivität, der Ideologie und auch mit Hilfe internationaler Institutionen beschreibt.“ Wikipedia

(„Hard-Power“) bzw. auf Überwachung, Einschüchterung und Propaganda zu setzen, um ihr System am Leben zu erhalten. Für die KPCh stellt deshalb bereits das bloße Vorhandensein erfolgreicher, freier und demokratischer Systeme eine existenzielle Bedrohung dar, zumal wenn sie in unmittelbarer Nachbarschaft liegen, wie z. B. Taiwan, Südkorea, Japan und Australien. Es ist in diesem Kontext nachvollziehbar, dass die chinesische Führung mittels Propaganda und Indoktrination ab dem frühesten Kindheitsalter versucht, die westlichen Demokratien gegenüber dem eigenen System als schwach, chaotisch und letztlich unterlegen darzustellen. Dies funktioniert umso besser, je weniger das eigene Volk die Möglichkeit hat, sich anderweitig zu informieren. Mittels der „Great Chinese Firewall“ wird China deshalb von westlichen Medien weitgehend abgeschottet.

Viele Politiker und Wirtschaftsführer im Westen können nicht verstehen, dass mit den ideologisierten Repräsentanten eines totalitären Systems kein rationaler Dialog möglich ist, schon gar nicht, wenn damit indirekt die Basis ihrer Macht und ihres Reichtums in Frage gestellt wird.

Solange die KPCh mit ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie an der Macht ist, wird die friedliche Koexistenz mit der VR China eine grosse Herausforderung für den Westen bleiben, zumal die aktuelle Führung der Volksrepublik die Ambition hat, ihrem System weltweit Anerkennung und Verbreitung zu verschaffen.

3.3 Allmächtiger Überwachungsstaat ohne rechtsstaatliches Fundament

Dank moderner technischer Überwachungsmethoden lässt sich der Machtanspruch der Partei heute besser durchsetzen als je zuvor. Die Chinesinnen und Chinesen werden in einem für Menschen in Europa schwer vorstellbaren Ausmass überwacht, kontrolliert und indoktriniert. Jede Kritik am System, an der KPCh oder ihren Exponenten kann drakonische Strafen zur Folge haben. Die betroffenen Personen werden mit aller Härte zum Schweigen gebracht, jahrelang eingesperrt oder verschwinden gänzlich.

Eine wichtige Errungenschaft demokratischer Länder sind klare Rechtsvorgaben sowie die Gewaltenteilung in Gesetzgebung (Legislative), Umsetzung

(Exekutive) und Rechtswesen (Judikative). Dieses Prinzip, das den Bürgern einen gewissen Schutz vor der Willkür staatlicher Organe bietet, ist in China nicht einmal als Konzept anerkannt, geschweige denn umgesetzt. Die Regeln sind oft bewusst unklar formuliert, was rechtliche Grauzonen und die Möglichkeit einer willkürlichen Auslegung schafft. Ein unabhängiges Rechtswesen existiert nicht. Die Gerichte sind ein Werkzeug der Partei, die das Justizsystem dazu einsetzt, sich die Gesellschaft zu unterwerfen.

Willkürliche Inhaftierungen und Tötungen ohne Gerichtsverfahren sowie die physische und psychische Vernichtung von unliebsamen Personen durch Folter und Todesstrafe sind übliche Verfahren im Umgang mit „unerwünschtem“ Verhalten.

Über das Konzept der „Sozialen Harmonie“ soll das chinesische Volk nach Vorgaben der Partei umgeformt werden. Dazu wird mittels Schaffung von gläsernen Bürgern die totale Kontrolle über die Menschen angestrebt.

Mittels zentraler Speicherung und Verknüpfung sämtlicher über eine Person verfügbarer Daten (Einkäufe, Zahlungsverhalten, Einhaltung der Gesetze, Verhalten im Internet, Gebrauch sozialer Medien, Reisen, soziales Verhalten, Strafregister, Behördengänge usw.) wird für jeden Bürger und jede Bürgerin ein *Social Credit* ermittelt. Je nach Punktestand wird den betroffenen Menschen das Recht abgesprochen, Schnellzüge zu nutzen, Flüge zu buchen, ins Ausland zu reisen, Schulen zu besuchen oder gut bezahlte Stellen zu erhalten. Das System basiert auf schwer durchschaubaren Algorithmen, ist infolge seiner Grösse und Komplexität intransparent, und es bestehen keinerlei Anfechtungsmöglichkeiten, wie dies in gesetzesbasierten Demokratien möglich wäre.

Ein weiteres Element zur umfassenden Kontrolle sind die Parteivertreter in Wohnanlagen und grösseren Unternehmen, die über regimekonformes Handeln wachen. Das Konzept erinnert an die „Blockwarte“ bzw. „Blockleiter“ der NSDAP in Nazideutschland und die „AKP“ (Auskunftspersonen) in der DDR.

3.4 Das Konzept der universellen Menschenrechte ist nicht akzeptiert

Die Volksrepublik China hat zwar 1948 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zugestimmt, das der Erklärung zugrundeliegende Verständnis von universell bzw. weltweit gültigen Menschenrechten wird von der chinesischen Führung jedoch als ein „westliches“ Konzept abgelehnt. Es wird in diesem Zusammenhang auf konfuzianisch geprägte „Menschenpflichten“ verwiesen oder von „universellen“ Menschenrechten im Sinne der KPCh gesprochen. Die Vertreter der chinesischen Regierung bzw. der KPCh weisen denn auch jede Kritik an der Umsetzung der Menschenrechte als nicht den Fakten entsprechend oder als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurück.

Mittlerweile ist die VR China im UN-Menschenrechtsrat vertreten und versucht, ihr problematisches Verständnis von Demokratie und Menschenrechten international salonfähig zu machen.⁷ Diese Bemühungen fallen besonders bei wirtschaftlich abhängigen und politisch schwach legitimierten Regierungen mit einer fragwürdigen Menschenrechtsbilanz auf fruchtbaren Boden. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich infolge dieser Dynamik die Kräfteverhältnisse mindestens in internationalen Organisationen zu Ungunsten des Westens entwickeln werden.

3.5 Sämtliche Medien werden rigide kontrolliert und zensuriert

Sämtliche Schulmaterialien und Medien stehen unter Kontrolle der Partei. Pressefreiheit ist faktisch inexistent. Im Jahr 2022 rangierte China auf der Rangliste der Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen auf Rang 175 von 180.⁸ Die Inhalte von Social Media, Zeitungen, Radio und Fernsehen werden syste-

⁷ Quelle: NZZ, Autokratien auf dem Vormarsch: China, Russland und Kuba in den Uno-Menschenrechtsrat gewählt, 14.10.2020 (<https://www.nzz.ch/international/uno-menschenrechtsrat-china-und-russland-als-mitglieder-ld.1581458>)

⁸ Quelle: Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit 2022 (<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2022>)

matisch zensuriert, auf die Linie der Partei gebracht und mit Propaganda versetzt oder ganz gelöscht.

Ausländische Internetangebote, wie Social Media oder die Digitalausgaben europäischer und US-amerikanischer Tageszeitungen, werden mittels ausgeklügelter technischer Mittel, der „Great Firewall of China“, blockiert.

Auf diese Weise wird eine von der Parteipropaganda unabhängige Information der Bevölkerung praktisch verunmöglicht. In China tätige ausländische Medienschaffende werden unter Druck gesetzt, ihre Berichterstattung im Sinne der Partei zu gestalten. Andernfalls riskieren sie den Verlust ihrer Akkreditierung. Chinesisch-stämmige Medienschaffende riskieren selbst mit einem ausländischen Pass lange Haftstrafen.⁹

Die Great Firewall of China kann zwar mittels einer VPN-Verbindung umgangen werden. Inzwischen darf in China legal jedoch nur noch staatlich lizenzierte VPN-Software verwendet werden, die solche Umgehungen faktisch unmöglich macht. Wer eine nicht lizenzierte VPN-Software benützt, macht sich strafbar.

3.6 Zwangs-Sinisierung und ethnischer Genozid

Volksgruppen, die historisch in ihren Heimatgebieten in der Mehrheit waren, werden mit menschenverachtenden Methoden zwangs-sinisiert. Bekannt sind z. B. die bereits Jahrzehnte andauernde Unterdrückung der tibetischen Bevölkerung sowie die KZ-ähnlichen Umerziehungslager in der Autonomen Region Xinjiang (Ostturkestan), in denen Schätzungen zufolge rund eine Million Menschen uigurischer und kasachischer Ethnie zwecks Zwangsindoktrination unter

⁹ Beispiele: Die australische Journalistin Cheng Lei, die für Chinas Staatsfernsehen arbeitete, wurde am 13. August 2020 in China festgenommen. Einen Monat später verliessen die letzten zwei australischen Korrespondenten China fluchtartig. Im Dezember 2021 wurde Haze Fan, eine chinesische Mitarbeiterin des Pekinger Korrespondentenbüros der Nachrichtenagentur Bloomberg, wegen Verdachts auf einen Verstoß gegen die nationale Sicherheit festgenommen. Ihr Schicksal ist bis heute ungeklärt. Am 31. März 2022 begann der Gerichtsprozess gegen Cheng Lei wegen „Geheimnisverrat“. Dem australischen Botschafter wurde der Zutritt zum Gericht verwehrt. Es ist zu anzunehmen, dass es sich in beiden Fällen um reine Retorsionsmassnahmen ohne materielle Grundlage handelt. Faire Prozesse nach westlichen Massstäben sind nicht zu erwarten.

offensichtlich schlimmsten Haftbedingungen interniert ist. Die Menschen in diesen zynisch als „Bildungszentren“ bezeichneten Einrichtungen werden einer Gehirnwäsche unterzogen. Sie sollen ihrem islamischen Glauben sowie ihrer traditionellen Kultur abschwören und dafür die marxistisch-leninistische Doktrin der KPCh übernehmen. Die systematische Anwendung von Folter, die Vorenthaltung von Nahrung, Schlaf und Wärme sowie die Vergewaltigung von Frauen dienen der Brechung des Willens der eingesperrten Menschen. Unter anderem dank Augenzeugen, die oft unter Lebensgefahr in den Westen geflohen sind, sind die Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Unterdrückungs- und Assimilierungskampagne in Ostturkestan gut dokumentiert.¹⁰

Die Auswertung von Satellitenbildern durch die Jamestown Foundation und andere lässt vermuten, dass die Gefangenen vermehrt für Zwangsarbeit eingesetzt werden, u. a. zur Herstellung von in den Westen exportierten Produkten (z. B. Baumwolle und Textilien).¹¹ Die entsprechenden Berichte von westlichen Experten werden von der chinesischen Führung regelmässig als „Lügen“ und „Propaganda“ bezeichnet. Eine unabhängige Untersuchung der Lager durch Organisationen aus dem Ausland wird von der chinesischen Führung jedoch abgelehnt. Es ist zu vermuten, dass sie dafür gute Gründe hat.

Die nicht in Lagern lebenden Menschen uigurischer und kasachischer Ethnie in Ostturkestan werden möglichst lückenlos überwacht und unter Druck gesetzt, ihre Kultur und Religion aufzugeben. Wer nicht gehorcht, wird interniert oder „verschwindet“ gänzlich. Frauen mit mehreren Kindern werden zwangssterilisiert. Religiöse Kultstätten werden zweckentfremdet oder abgerissen.¹² Die Reisefreiheit der ethnischen Minderheiten ist innerhalb von China stark eingeschränkt, Reisen ins Ausland sind meist nicht möglich. Wer es den-

¹⁰ Quellen: u.a. Sayragul Sauytbay, Alexandra Cavelius, Die Kronzeugin - Eine Staatsbeamtin über ihre Flucht aus der Hölle der Lager und Chinas Griff nach der Weltherrschaft, Europa Verlag, 2020. Alexandra Cavelius, Sayragul Sauytbay, China-Protokolle - Vernichtungsstrategien der KPCh im größten Überwachungsstaat der Welt, Europa Verlag, 2021

¹¹ Quellen: u.a. Adrian Zenz, Xinjiang's Re-Education and Securitization Campaign: Evidence from Domestic Security Budgets, The Jamestown Foundation, 2018, Adrian Zenz, Coercive Labor and Forced Displacement in Xinjiang's Cross-Regional Labor Transfer Program - A Process-Oriented Evaluation, The Jamestown Foundation, 2021

¹² Gut dokumentiert in Bitter Winter (<https://www.bitterwinter.org/>)

noch wagt und bei einer Ausreise erwischt wird, muss mit einer langen Haftstrafe oder gar mit dem Tod rechnen.

Ein wesentliches Element der Sinisierungs-Strategie besteht darin, die Kinder bereits im frühen Kindergartenalter möglichst weit weg von ihrem angestammten Umfeld in Internaten zu unterrichten, wo sie einer systematischen Indoktrination und militärischem Drill ausgesetzt sind. Der Unterricht findet in Mandarin statt, die Schulung der traditionellen Sprachen wird systematisch behindert oder gar verboten.¹³ Ziel der Massnahmen ist eine Entfremdung der Kinder sowohl von ihren Familien als auch von ihrer Herkunftskultur. Diese Form der Sinisierung findet sowohl in Tibet als auch in Ostturkestan Anwendung. Die traditionelle Kultur ist bestenfalls noch in Form von Folklore zur Ergötzung des chinesischen Massentourismus akzeptiert.

Es gibt starke Indizien für die Absicht der chinesischen Führung, alle traditionellen lokalen Kulturen, Religionen und Sprachen möglichst auszulöschen und durch eine Han-chinesische Einheitskultur im Sinne der marxistisch-leninistischen Parteidoktrin zu ersetzen. Dafür spricht auch, dass die Ansiedlung von Han-Chinesen in diesen Gebieten aktiv gefördert wird, während Tiberinnen und Tibeter sowie Uigurinnen und Uiguren in andere Landesgegenden deportiert werden. Auch die Zwangssterilisation von Uigurinnen ist Teil dieser Strategie.

Ziel ist es, die ursprünglich ansässige Bevölkerung zur Minderheit im eigenen Land werden zu lassen. Die Methode ist nicht neu, sie wurde bereits von Stalin systematisch angewendet.

¹³ Quelle: Tibet Advocacy Coalition, 2021 Report (<https://tibetadvocacy.org/2021-tibet-report/>)

3.7 Exkurs: Betreibt China an der uigurischen und tibetischen Bevölkerung einen Genozid im juristischen Sinne?

Gemäss dem „Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes“ sind „Verbrechen gegen die Menschlichkeit (...) schwerste Menschenrechtsverletzungen“. Gemäss Art. 7 des Statuts handelt es sich bei diesen Verbrechen um Taten, „die im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen werden und etwa folgende Handlungen umfassen können: vorsätzliche Tötung, Ausrottung, Versklavung, Vertreibung, Freiheitsentzug, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation, Verfolgung einer bestimmten Gruppe, zwangsweises Verschwindenlassen von Personen, etc.“¹⁴

Inwiefern im formal-rechtlichen Sinn ein Genozid vorliegt, der zwangsläufig auch internationale Sanktionen zur Folge haben müsste, ist derzeit offen, d.h. die meisten politischen Institutionen und Entscheidungsträger drücken sich um eine klare Aussage.

Die Genozid-Konvention der UNO ist differenziert und stuft folgende Handlungen als Genozid ein, wenn sie in der Absicht erfolgen, eine ethnische oder religiöse Gruppe vollständig oder teilweise zu zerstören:

- Gezielte Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitglieder der Gruppe;
- Der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die darauf abzielen, ihre physische Zerstörung im Ganzen oder teilweise herbeizuführen;
- Auferlegen von Massnahmen, die dazu bestimmt sind, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern;
- Zwangsweise Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.¹⁵

¹⁴ Quelle: Humanrights.ch, Völkerstrafrecht – Rechtsquellen (<https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-themen/verbrechen-menschlichkeit>)

¹⁵ Quelle: United Nations, Office on Genocide Prevention and the Responsibility to Protect, Definitions, Genocide (<https://www.un.org/en/genocideprevention/genocide.shtml>)

Gemäss dieser Definition muss also kein offensichtlicher Massenmord vorliegen. Es braucht nicht einmal die explizite Absicht, die uigurische oder tibetische Bevölkerung physisch vollständig auszulöschen. Juristisch stichhaltige Beweise für eine solche Absicht wären ohnehin nicht einfach zu erbringen. Angesichts von monströsen Genoziden in der Vergangenheit, wie z. B. der systematischen Vernichtung von 6 Millionen Juden durch das Nazi-Regime, wird der Begriff „Genozid“ vorsichtig verwendet, um ihn nicht zu verwässern und damit die Verbrechen der Vergangenheit zu relativieren. Es kann sich dabei jedoch auch um eine bequeme Ausrede handeln, um sich gegenüber einem mächtigen und aggressiven Staat nicht politisch exponieren zu müssen.

Im Fall der uigurischen wie auch der tibetischen Bevölkerung gibt es ausreichend verlässliche Zeugenaussagen und auf staatlichen Dokumenten beruhende Belege, die eine Einschätzung als Genozid im Sinne der UNO Genozid-Konvention rechtfertigen würden.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang z. B. die von Wissenschaftlern wie dem Anthropologen Adrian Zenz ausgewerteten offiziellen Dokumente.

Sowohl das kanadische als auch das niederländische und das litauische Parlament haben das Vorgehen in Ostturkestan per Mehrheitsentscheid als Genozid gewertet. Auch die vorherige wie die gegenwärtige US-Regierung unterstützen diese Einschätzung. Das US-Aussenministerium „prüft“ bereits seit längerer Zeit, ob die Genozid-Einstufung offiziell erhoben werden soll. Allerdings könnte diese Absicht aus politischen Gründen scheitern, denn die politische und v. a. wirtschaftliche Macht von China ist nicht zu unterschätzen.

Wenn auch die Einstufung des Vorgehens der chinesischen Regierung in Tibet und Ostturkestan als Genozid im juristischen Sinne umstritten ist, so kann doch mit Sicherheit von einem kulturellen Genozid bzw. von einem Ethnozid gesprochen werden, im Zuge dessen schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden.

3.8 Systematischer Organraub mittels gezielter Tötung von politischen und religiösen Gefangenen sowie ethnischen Minderheiten

Es gibt immer wieder Berichte, wonach politische Gefangene, inhaftierte Anhänger „unerwünschter“ religiöser Gruppen (z.B. Falun Gong, christliche Hauskirchen), aber auch in Ostturkestans Internierungslagern festgehaltene Menschen gezielt ermordet werden, um ihnen Organe zu entnehmen und an zahlungskräftige In- und Ausländer zu verkaufen („Tötung auf Bestellung“).¹⁶ Die Berichte sprechen von einem für Spitäler und Ärzte lukrativen Organhandel.

Die Organe von Muslimen aus Ostturkestan seien dabei besonders bei Patienten aus der islamischen Welt beliebt, da sie als „halal“ (rein bzw. erlaubt) gelten würden. Eine im American Journal of Transplantation publizierte Studie über eine umfassende Analyse von chinesisch-sprachigen medizinischen Publikationen stellt eine erhebliche Evidenz für die Praxis der Entnahme von vitalen Organen (z. B. dem Herzen) vor dem eindeutig festgestellten Hirntod fest.¹⁷

Einmal unabhängig von verschiedenen Zeugenaussagen sprechen u. a. folgende Indizien für den systematischen Organraub auf der Basis von gezielten Tötungen:¹⁸

- Es gibt eine auffällige Diskrepanz zwischen der offiziellen Zahl von 10'000 Organentnahmen, die die chinesische Regierung meldet und den Berichten der Krankenhäuser, wonach bis zu 100'000 Organe pro Jahr entnommen werden (Zahlen von 2019). Vor dem Hintergrund einer kulturell bedingten Aversion gegen Organspenden lässt die hohe Zahl auf unfreiwillige Spender schliessen.

¹⁶ Quelle: Bitter Winter, Organ Harvesting in China: More Evidence, More Protest, 23.05.2022 (<https://bitterwinter.org/organ-harvesting-in-china-more-evidence/>)

¹⁷ Quelle: American Journal of Transplantation, Execution by organ procurement: Breaching the dead donor rule in China, 04.04.2022 (<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/ajt.16969>)

¹⁸ Weitere Quellen: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM, Jährlich zehntausende Transplantationen in China mit unklarer Organherkunft – chinesische Regierung verweigert Transparenz, 31.05.2017 (<https://www.igfm.de/organraub-die-welt-schaut-zu/>). Wikipedia, Organraub an Falun-Gong-Praktizierenden in China (https://de.wikipedia.org/wiki/Organraub_an_Falun-Gong-Praktizierenden_in_China).

- Es besteht ein auffälliger Zusammenhang zwischen dem rapiden Anstieg der Organtransplantationen ab dem Jahr 2000 und dem Beginn der systematischen Verfolgung von Falun Gong Anhängern im gleichen Zeitraum.
- An politischen Gefangenen, religiös Verfolgten sowie an inhaftierten Uiguren werden umfangreiche Gesundheitschecks durchgeführt, die nur dahingehend plausibel erklärt werden können, als sie der Identifikation von potentiellen Organspendern dienen.
- Die VR China ist nach den USA weltweit das Land mit den meisten Organtransplantationen pro Jahr, wobei die Wartezeiten auf Spenderorgane sehr kurz sind. Dies ist unüblich und ein klares Indiz für die „Tötung auf Bestellung“.
- Die chinesische Regierung bestreitet zwar erwartungsgemäss alle vorgebrachten Anschuldigungen, kann jedoch bislang (Stand: 2021) keinen glaubwürdigen Nachweis über die Herkunft der transplantierten Organe beibringen.

Es besteht eine erhebliche Evidenz dafür, dass in China unschuldige Menschen gezielt getötet werden, um deren Organe gewinnbringend zu verkaufen.

3.9 Religionsausübung wird systematisch behindert

Die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit besteht in der Realität nicht oder nur sehr eingeschränkt, denn religiöse Institutionen müssen eine Genehmigung der Partei einholen und erhebliche Einschränkungen hinnehmen. Die Partei verfügt z. B. Maximalzahlen von Mönchen und Nonnen sowie die erlaubte Anzahl und Standorte von religiösen Kultstätten. Selbst die Kultstätten der registrierten Religionsgemeinschaften werden sinisiert. So werden an vielen Orten die Kirchen ihrer Kreuze und die Moscheen ihrer Kuppeln beraubt.¹⁹ Zudem wird an einer mit der Parteidoktrin kompatiblen Bibelübersetzung gearbeitet. Christliche Gruppen haben es als „ausländische Kulte“ in dieser Hin-

¹⁹ Quelle: Bitter Winter (<https://www.bitterwinter.org/>)

sicht besonders schwer. Es werden aber auch jahrhundertealte buddhistische und daoistische Kultstätten zweckentfremdet oder abgerissen.

Wer seine Religionsgemeinschaft nicht registriert bzw. keine Genehmigung der Partei erhält, muss mit drakonischen Strafen sowie der physischen Zerstörung seiner Kultstätten rechnen. Besonders betroffen von der religiösen Verfolgung sind die als unerwünschte „Kulte“ (xie jiao) eingestuftes Gruppierungen, wie z. B. die christliche Hauskirchen oder die Falun Gong Bewegung. Zeugenaussagen zufolge werden einzelne Mitglieder von Haus- und Untergrundkirchen in geheimen „Transformations“-Zentren festgehalten und mit drakonischen Methoden dazu gebracht, ihrem Glauben abzuschwören. Ein Mitglied einer christlichen Hauskirche erzählte Radio Free Asia (RFA), dass es nach einer Razzia in seiner Kirche im Jahr 2018 fast 10 Monate lang in einem fensterlosen Raum festgehalten und während dieser Zeit vom Personal geschlagen, beschimpft und „psychisch gefoltert“ worden sei. Solange man sich weigere, eine von den Behörden vorbereitete Aussage zu unterschreiben, werde man festgehalten und weiterhin geschlagen, so der Zeuge.²⁰

In den Klöstern und Privathaushalten in Tibet ist der Besitz von Bildern des Dalai Lama streng verboten. Dafür müssen Portraits von Exponenten der KPCh aufgehängt werden. Mönche und Nonnen werden dazu gezwungen, eine politische Schulung zu durchlaufen, dem Dalai Lama abzuschwören und ein Bekenntnis zur Partei und zu China als „Vaterland“ abzugeben. In den letzten Jahren wurden mehrere tausend Mönche und Nonnen u. a. aus den Klosterstädten Larung Gar und Yachen Gar vertrieben und zu militärischem Drill sowie einer patriotischen Umerziehung gezwungen.

Tibeterinnen und Tibeter, die sich für ihre Sprache und Kultur einsetzen, verschwinden oft für viele Jahre in Arbeitslagern. In vielen Fällen werden die Angehörigen über den Aufenthaltsort der Inhaftierten in Unkenntnis gelassen. Viele Inhaftierte stehen die Tortur nicht durch und werden gesundheitlich

²⁰ Quelle: Radio Free Asia (RFA), Chinese Christians Held in Secretive Brainwashing Camps: Sources, 01.04.2021 (<https://www.rfa.org/english/news/china/christians-camps-04012021081013.html>)

schwer angeschlagen entlassen. Viele der oft jungen Männer sterben kurz nach ihrer Entlassung.²¹

Die 1992 entstandene Falun Gong Bewegung erreichte mit ihren Qigong-Übungen viele Millionen Menschen (Schätzungen der chinesische Regierung sprachen 1999 von 70 bis 100 Millionen Praktizierenden). Bereits ab Mitte der 1990^{er} Jahre wurde die Bewegung von der KPCh als Bedrohung wahrgenommen und 1999 schliesslich brutal zerschlagen. Schätzungen zufolge wurden dabei tausende Mitglieder ohne gesetzliche Grundlage inhaftiert, gefoltert und einer Gehirnwäsche unterzogen. Es gibt auch heute noch Falun Gong Anhänger in China. Werden sie erwischt, müssen sie mit langen Haftstrafen rechnen.

Unter Xi Jinping ist die Rückkehr zu einer systematischen Behinderung jeglicher Religionsausübung zu beobachten, wie sie für die marxistisch-leninistische Doktrin typisch und aus der Zeit der Kulturrevolution bekannt ist.

Ziel der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ist es, die absolute Macht und unhinterfragbare Deutungshoheit in allen Lebensbereichen zu behalten. Lokale Kulturen und Religionen werden in ihrer Substanz vernichtet oder disneyfiziert, d. h. sie werden ihres inneren kulturellen und religiösen Gehalts beraubt und so zu blosser Folklore für den chinesischen Massentourismus degradiert. Die Chinesinnen und Chinesen sollen nicht zu Gott oder zu Buddha beten, sondern zur Partei und ihren Exponenten.

3.10 China expandiert geographisch

China erhebt Anspruch auf 80 Prozent des Südchinesischen Meeres und rechtfertigt dies damit, dass die vielen kleinen Inseln seit dem 2. Jahrhundert traditionell Bestandteil des chinesischen Territoriums seien. China versucht, über einseitig festgelegte Gebietsansprüche auf Kosten der Anrainerstaaten seinen Einfluss und den Zugriff auf die in diesem Gebiet vermuteten Rohstoffe aus-

²¹ Quelle: u.a. Tibet Initiative Deutschland, Larung Gar – Weltweit grösstes Buddhistisches Lehrinstitut wird zerstört (<https://www.tibet-initiative.de/informieren/themen/menschenrechte/religionsfreiheit/larung-gar-zerstoerung-und-vertreibung-stoppen/>)

zudehnen. Die Ansprüche werden u. a. über die Schaffung von Militärstützpunkten auf durch Landaufschüttungen vergrößerten Atollen demonstriert. Die betroffenen Staaten, wie z. B. die Philippinen, haben häufig nicht die Mittel, sich gegen die Druckversuche Chinas angemessen zur Wehr zu setzen.

Zwischen China und Taiwan bestehen zwar enge wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungen. Taiwan ist jedoch de facto ein unabhängiger, wirtschaftlich prosperierender und demokratischer Staat. Von der chinesischen Führung wird Taiwan dennoch als integraler Teil der Volksrepublik China angesehen. Da weltweit mittlerweile viele Staaten wirtschaftlich von China abhängig sind, wird Taiwan nur noch von wenigen Ländern offiziell als eigenständiger Staat anerkannt. Die Schweiz hat bereits 1950 mit der Anerkennung der Volksrepublik China de facto die Ein-China-Politik bestätigt. In seiner Rede vom 2. Januar 2019 drohte Staats- und Parteichef Xi Jinping Taiwan unverhohlen mit einer gewaltsamen „Wiedervereinigung“. Ein unabhängiges Taiwan widerspreche dem Trend der Geschichte und werde in eine Sackgasse führen. Die chinesische Führung „behält sich die Option vor, alle erforderlichen Massnahmen zu ergreifen“ um die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland zu erreichen. Diese sei im Interesse und zum Wohle der „taiwanischen Landsleute“. China wolle eine friedliche Wiedervereinigung erreichen, lasse aber „keinen Raum für separatistische Aktivitäten“. „Wir geben kein Versprechen ab, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten, und behalten uns die Möglichkeit vor, alle erforderlichen Mittel zu ergreifen“, stellt Xi klar.²² China versucht denn auch, Taiwan durch ständige militärische Bedrohung und verschiedene Schikanen müde zu machen, etwa durch die Beschränkung des Tourismus aus Festlandchina oder den Einsatz von Schiffen, die in taiwanesischen Gewässern Sand abgraben und die Fischerei behindern. Neuerdings setzt China auch als Fischerboote getarnte Kriegsschiffe ein.²³ Es besteht die Befürchtung, dass China innerhalb der nächsten Jahre versuchen wird, Taiwan mit militärischen Mitteln

²² Quelle: SRF, Xi droht Taiwan mit gewaltsamer «Wiedervereinigung», 02.01.2019 (<https://www.srf.ch/news/international/rede-in-pekings-xi-droht-taiwan-mit-gewaltsamer-wiedervereinigung>)

²³ Quelle: NZZ, Mit 220 Schiffen schafft Chinas maritime Miliz neue Fakten – die Philippinen zögern, 23.03.2021 (<https://www.nzz.ch/international/chinas-maritime-miliz-schafft-gegenueber-den-philippinen-fakten-ld.1607924>)

zu annektieren – ungeachtet der politischen Folgen, der gewaltigen Kosten sowie der schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen.

Auch gegenüber Indien und Bhutan stellt China auf eine zunehmend aggressive Art Gebietsansprüche. Bekannt sind Grenzkonflikte im Nordosten von Ladakh (Kashmir) und in Arunachal Pradesh. Neuerdings erstellt China in den umstrittenen Grenzregionen zu Indien und Bhutan sogenannte „Wehrdörfer“, um Druck auf die Nachbarstaaten auszuüben und militärisch nutzbare Infrastrukturen zu errichten.

Nepal läuft Gefahr, zu einem Satelliten von China zu werden. Ein Beispiel dafür ist die Kooperation der nepalesischen Behörden mit China, wenn es um die Abschiebung der nur noch vereinzelt in Nepal eintreffenden tibetischen Flüchtlinge geht.

3.11 Schulden- und Geiseldiplomatie

Mittels des Seidenstrassenprojekts (Belt and Road Initiative) wird nicht nur ein Transportkorridor für Güter von Ost nach West geschaffen, sondern im Sinne eines „Einflusskorridors“ auch eine Möglichkeit, politisch und wirtschaftlich Einfluss zu nehmen. Das Seidenstrassenprojekt wird u. a. dazu genutzt, Aufträge für den eigenen Bausektor zu generieren und andere Staaten über eine Schuldendiplomatie in Abhängigkeit zu bringen. So werden in verschiedenen Staaten in Europa, Afrika und Südamerika über Kredite finanzierte Infrastrukturen realisiert. Chinas staatliche Entwicklungsbanken haben dazu bis heute allein den Entwicklungsländern Darlehen von insgesamt rund 500 Milliarden US-Dollar gewährt.

Eine Gruppe internationaler Wirtschaftswissenschaftler, u. a. des Institutes für Weltwirtschaft in Kiel (IfW), hat rund hundert solcher Kreditverträge unter die Lupe genommen.²⁴ Dabei hat sich gezeigt, dass die Verträge Geheimhaltungsklauseln enthalten, die verhindern sollen, dass die Konditionen an die Öff-

²⁴ Quellen: Kiel Institute for the World Economy, How China Lends: A Rare Look into 100 Debt Contracts with Foreign Government, March 2021 (<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/journal-article/2021/how-china-lends-a-rare-look-into-100-debt-contracts-with-foreign-government-16100/>) / Hidden Defaults, January 2022 (<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-arbeitspapiere/2022/hidden-defaults-16954/>)

fentlichkeit gelangen. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist Montenegro, das sich für ein fragwürdiges Autobahnprojekt mit 940 Millionen Euro bei China verschuldet hat und nicht in der Lage war, die erste Rate des Kredits termingerecht zurückzuzahlen. Die vor sechs Jahren mit der chinesischen Exim-Bank unterzeichneten Kreditverträge sind geheim und dürfen nicht einmal den Parlamentsabgeordneten von Montenegro offengelegt werden.

Für die Absicherung der Kredite werden in der Regel entsprechende Garantien eingefordert. Diese können im Fall von Zahlungsausfällen z. B. den Zugriff auf strategische Infrastrukturen wie Häfen oder Transportwege bedeuten. Beispiele dazu sind der Hafen von Piräus in Griechenland, der Hafen von Hambantota in Sri Lanka sowie der Hafen von Darwin in Australien. Die VR China kann sich auf diese Art „Brückenköpfe“ in anderen Ländern schaffen. Zudem bedingt sich China aus, den Vertrag zu kündigen und eine sofortige Rückzahlung einzufordern, wenn die Politik des Kreditnehmers nicht im Sinne der Partei ist.

Durch die Finanzierung von Infrastrukturen gewinnt China in diesen Ländern an wirtschaftlichem und politischem Einfluss. Einige Länder, die von chinesischen Projekten bzw. Krediten abhängig sind, wie z. B. Ungarn und Griechenland, blockieren in der EU denn auch regelmässig jede gegen China gerichtete Massnahme oder Verlautbarung.²⁵

China scheut auch nicht vor Geiseldiplomatie zurück, wie sie normalerweise zum Rüstzeug terroristischer Organisationen gehört. Nachdem Kanada Ende 2018 auf Ersuchen der USA bzw. auf Basis eines Haftbefehls aus den USA die Finanzchefin von Huawei, Meng Wanzhou, festgenommen hatte, wurden kurz darauf zwei kanadische Staatsbürger in China unter fadenscheinigen Gründen verhaftet. Während sich Meng Wanzhou innerhalb eines gewissen Radius mehr oder weniger frei bewegen konnte, wurden die beiden Kanadier in einem Gefängnis unter nicht näher bekannten Haftbedingungen festgehalten. Im März 2021 wurde gegen die beiden Kanadier Anklage wegen Spio-

²⁵ Quelle: Kurier.at, Wie China seine Schuldner-Länder an die Kandare nimmt, 14.04.2021 (<https://kurier.at/politik/ausland/wie-china-seine-schuldner-laender-an-die-kandare-nimmt/401350085>)

nage erhoben.²⁶ Im September 2021 wurde Meng nach einem Deal mit der US-Justiz freigelassen. Die beiden Kanadier wurden nur wenige Tage später ebenfalls freigelassen. Es fällt schwer, hier nicht von Geiseldiplomatie von Seiten Chinas zu sprechen. Das kann auch Bürgern anderer Länder blühen – selbst Schweizern.

3.12 China exportiert sein autoritäres System

China versucht zurzeit, die eigene autoritäre und repressive Regierungsform als angeblich validen Gegenentwurf zu freiheitlich demokratischen Systemen unter anderem in UNO-Organisationen zu verankern. Die chinesische Führung hat dabei die Abneigung der Trump-Regierung gegen multilaterale Abkommen und den damit verbundenen vorübergehenden Rückzug der USA aus UNO-Gremien geschickt ausgenutzt. Nun versucht China, in zentralen UNO-Gremien seiner Sicht zu Themen wie Demokratie und Menschenrechte zum Durchbruch zu verhelfen. China trägt heute 12 Prozent zum Uno-Budget bei. 4 von 15 UNO-Unterorganisationen werden bereits von chinesischen Staatsbürgern geführt. Die chinesische Führung strebt die Besetzung weiterer Führungsstellen durch chinesische Staatsangehörige an.²⁷

China bemüht sich aktiv, die eigene Interpretation der Menschenrechte via internationale Gremien wie z. B. den Menschenrechtsrat als neuen Massstab zu etablieren und die westliche Vorstellung von Menschenrechten als rein „westliches Konzept“ zu diskreditieren. Die chinesische Führung lehnt einen universellen Prüfungsmassstab ab. Dabei wird das „Recht auf Entwicklung“ vorgezogen, das höher zu gewichten sei als „westliche“ Vorstellungen von Menschenrechten. Ein länderspezifisches Monitoring wird als Einmischung in innere Angelegenheiten abgelehnt. China gelingt es immer wieder, in UN-

²⁶ Quellen: NZZ, China will die Huawei-Finanzchefin Meng Wanzhou zurück – und macht dafür zwei Kanadiern den Prozess, 19.03.2021 (<https://www.nzz.ch/international/fall-huawei-china-macht-zwei-kanadiern-den-prozess-nzz-ld.1607523>)

Deutsche Welle, China macht Kanadier Kovrig den Prozess, 22.03.2021 (<https://www.dw.com/de/china-macht-kanadier-kovrig-den-prozess/a-56946714>)

²⁷ Quelle: NZZ, Kommentar, Wer die Uno schwächt, macht China stärker, 26.06.2020 (<https://www.nzz.ch/meinung/uno-jubilaum-wer-die-organisation-schwaecht-macht-pekings-taerker-ld.1559855>)

Menschenrechtsdebatten eine breite Unterstützung durch andere Staaten zu finden und damit das Konzept der universellen Menschenrechte in Frage zu stellen.²⁸

3.13 China manipuliert Entscheidungsträger im Westen mittels Einheitsfront

Im Rahmen der Einheitsfront nimmt die KPCh weltweit über tausende von Kulturvereinen Einfluss auf die im Ausland lebenden chinesischen Staatsangehörigen (z. B. Studierende) und versucht, die Mitglieder dieser Vereine auf Parteikurs zu halten. In Deutschland existieren beispielsweise rund 80 chinesische Studentenvereinigungen, die rund 60'000 Studierende aus der Volksrepublik China repräsentieren. Die Vereine organisieren nicht nur Kulturveranstaltungen, sondern fungieren auch als Teil eines europaweiten Netzwerks von Organisationen, die von der KPCh kontrolliert werden. Sie unterstützen und verbreiten die Ideologie und die Ziele der KPCh und deren Narrativ über China. Sie versuchen auch sicherzustellen, dass chinesische Staatsangehörige im Ausland sowie andere Menschen chinesischer Herkunft der Partei gegenüber loyal bleiben.

Das Netzwerk versucht jedoch nicht einfach nur mitzugestalten, was in Europa über China gesprochen und geschrieben wird, sondern auch Technologien und Expertise nach China zu bringen. Die Tätigkeiten der Einheitsfront werden dank der Aufklärungsarbeit engagierter Wissenschaftler, wie z. B. Ralph Weber von der Universität Basel, langsam sichtbar.²⁹

Die VR China bemüht sich, über solche Aktivitäten Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft für ihre Sache zu gewinnen. Durch systematische Aktivitäten der Einheitsfront sollen unter politisch und wirt-

²⁸ Quelle: Katrin Kinzelbach, Chinas Menschenrechtspolitik in den UN - Beijings Normauslegung erfordert deutliche Antworten, auch von Deutschland, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Vereinte Nationen 2/2013

²⁹ Quellen: Gute und umfangreiche Darstellungen finden sich in: Clive Hamilton, Mareike Ohlberg: Die lautlose Eroberung - Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet. DVA Verlag, 2020

Kai Strittmatter: Die Neuerfindung der Diktatur – Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert. Piper Verlag München, 2018

schaftlich einflussreichen Personen „Freunde Chinas“ gewonnen werden; damit soll an zentralen Stellen ein chinafreundliches Klima erzeugt werden. Dabei spielen Gefälligkeiten und die Befriedigung von persönlichen Eitelkeiten eine wichtige Rolle, wie auch die Schaffung von Abhängigkeiten – z. B. durch wertvolle Geschenke oder den Einsatz von „Honigfallen“, der Verführung durch attraktive Chinesinnen.

Die 1945 gegründete Gesellschaft Schweiz-China (GSC)³⁰ bezeichnet sich zwar als unabhängig, hat jedoch im Herbst 2019 auf Drängen der chinesischen Botschaft einen öffentlichen Vortrag von Ralph Weber, Professor am Europa-Institut der Universität Basel, abgesagt, der sich kritisch mit der ideologisierten Sprache von Xi Jinping auseinandergesetzt hat. Im Vorstand der GSC finden sich verschiedene Personen mit wirtschaftlichen Interessen in China. Dies ist insofern relevant, als die GSC das Sekretariat der parlamentarischen Gruppe Schweiz-China führt. Das lässt auf eine starke Gewichtung wirtschaftlicher Interessen in der Diskussion der Parlamentarierinnen und Parlamentarier schliessen.

Die wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit China ist hoch. So sitzen chinesische Staatsbürger, die verschiedenen Fraktionen der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (CPPCC) angehören, in den Verwaltungsräten von Nestlé, Credit Suisse, UBS und Swiss Re. Da die CPPCC der Einheitsfront zuzurechnen ist, hat die KPCh somit indirekt ein Mitspracherecht bei namhaften Schweizer Unternehmen und ist auch zeitnah über strategische Entscheide dieser Unternehmen informiert. Diese Verfilzung erhöht die Abhängigkeit der Schweiz von China und schränkt den politischen Spielraum ein.³¹

Es wirkt in diesem Zusammenhang bedenklich, wenn ein Bundesrat angesichts der breit verfügbaren Informationslage vor seiner Abreise nach China von „angeblichen“ Menschenrechtsverletzungen spricht (Ueli Maurer, SVP, 2019) und ein anderer Bundesrat seinen China-Besuch so plant, dass er zu Propagandazwecken missbraucht werden könnte (Guy Parmelin, SVP, 2020). Es

³⁰ Homepage der GSC: <https://schweiz-china.ch/>

³¹ Quelle: FAZ, Chinas langer Arm in die Schweiz, 13.04.2021 (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-sanktionen-chinas-einfluss-auf-die-schweiz-17289779/heikler-pakt-der-schweizer-17289787.html>)

sind aber nicht nur Exponenten der SVP, die sich für China instrumentalisieren lassen: Thomas Wagner (FDP) ist ein „Freund Chinas“, Claude Béglé (Die Mitte) lässt sich gerne nach Tibet einladen, Doris Leuthard (Die Mitte) und Johann Schneider-Ammann (FDP) gaben sich beeindruckt von den „grossen Fortschritten“ Chinas im Menschenrechtsbereich. Weitere prominente „Freunde Chinas“ sind u.a. Franz Grüter (IT-Unternehmer und Nationalrat SVP) sowie Martin Hirzel (Präsident von Swissmem, dem Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie).

3.14 Der Westen wird zunehmend erpressbar

China ist mittlerweile der wichtigste Handelspartner Deutschlands und der drittwichtigste Handelspartner der Schweiz, nach der EU und den USA. 2014 trat ein chinesisch-schweizerisches Freihandelsabkommen in Kraft, das u. a. Bestimmungen zum Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie zum Schutz des geistigen Eigentums, aber bestenfalls Lippenbekenntnisse zu Menschenrechten enthält. Das Abkommen sollte laufend angepasst werden, z. B. um für weitere Schweizer Produkte eine Zollbefreiung zu erlangen. Zudem besteht der Wunsch, auch Themen wie Nachhaltigkeit und Menschenrechte in das Abkommen aufzunehmen. Seit 2018 weigert sich China jedoch, das Freihandelsabkommen anzupassen. Bisher gelang es nicht einmal, sich auf eine Liste von zu verhandelnden Themen zu einigen. Als Grund für die Verweigerung wird die immer lautere Kritik in der Schweiz an der Menschenrechtslage in China angegeben.³²

Mit dem neuen Fünfjahresplan der Volksrepublik China wird das Ziel angestrebt, in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht vom Ausland möglichst unabhängig zu werden. Dazu soll einerseits der Binnenkonsum gefördert und andererseits die Abhängigkeit vom Exportgeschäft mit dem Westen reduziert werden („Politik der zwei Kreisläufe“). Da sich China aber gleichzeitig vermehrt für die wirtschaftliche Tätigkeit westlicher Unternehmen öffnen möchte, entsteht eine ungesunde Asymmetrie der Abhängigkeiten, d.h. der Westen

³² Quelle: NZZ magazin, Die chinesische Sackgasse, 28.05.2022 (<https://magazin.nzz.ch/nzz-amsonntag/schweiz/die-chinesische-sackgasse-ld.1686274>)

wird von China immer abhängiger, nicht aber umgekehrt. Das erhöht zwangsläufig die Hebelwirkung von wirtschaftspolitischen Druckversuchen von Seiten Chinas.

Einst herrschte im Westen die Vorstellung, dass sich China aufgrund des wirtschaftlichen Fortschritts öffnen, liberalisieren und demokratisieren würde („Wandel durch Handel“). Das Gegenteil ist eingetreten. Durch die mittlerweile sehr grosse wirtschaftliche Abhängigkeit von China werden die USA und Europa bis zu einem gewissen Grad politisch erpressbar. Das ist der chinesischen Führung sehr wohl bewusst. Ihre Gesandten im Westen treten denn auch zunehmend aggressiv und fordernd auf (z. B. Chinas „Wolfskrieger“, die mit aggressiver Propaganda in sozialen Netzwerken agieren). Hinzu kommen noch die systematischen Einheitsfront-Aktivitäten zur gezielten Unterwanderung westlicher Eliten aus Wirtschaft, Politik und Forschung (siehe oben).

Unerwünschtes Verhalten wird konsequent mit wirtschaftlichen Retorsionsmassnahmen gekontert. So wurde beispielsweise im Mai 2020 Australiens Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung zum Ursprung des Coronavirus mit massiven wirtschaftlichen Sanktionen beantwortet. Australische Einfuhren von Wein über Holz und Kohle bis zu Hummer wurden aus angeblich handels- und gesundheitstechnischen Gründen mit Einfuhrrestriktionen belegt. Die Massnahmen waren für Australien schmerzhaft, denn 40 Prozent der australischen Exporte gehen nach China und jeder 13. Arbeitsplatz hängt vom Geschäft mit China ab. Im Herbst 2020 hat China über inoffizielle Kanäle (Medien) eine Liste mit 14 Beschwerdepunkten bzw. Forderungen an Australien vorgelegt. „Sie beziehen sich auf Entscheidungen der australischen Regierung und zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die die chinesische Führung verärgern. Die Liste umfasst unter anderem den Ausschluss von Huawei vom australischen 5G-Netz, Canberras Forderung nach einer internationalen Untersuchung der Ursprünge der Covid-19-Pandemie, Investitionsbeschränkungen, Gesetze zur Prüfung von Abkommen Chinas mit australischen Bundesstaaten, den Widerruf von Visa für chinesische Wissenschaftler, die staatliche Förderung eines chinakritischen Thinktanks sowie chinakritische Medienberichte.“³³

³³ Quellen: NZZ, China ist wütend – und gibt das Australien deutlich zu spüren, 21.11.2020 (<https://www.nzz.ch/international/china-ist-wuetend-und-gibt-das-australien-deutlich-zu-spueren-id.1588046>)

Im Jahr 2021 verhängte China über Litauen sowie europäische Unternehmen, die in Litauen gefertigte Teile und Komponenten verwenden einen faktischen Handelsboykott, da das Land eine offizielle Niederlassung unter dem Namen „Taiwan“ zugelassen hatte. Vergleichbare Niederlassungen in andern europäischen Staaten verwenden nur den Namen „Taipeh“. Litauen hatte die chinesische Regierung bereits im Mai 2021 irritiert, als sich das Land aus dem 17+1-Format verabschiedete, mit dem Peking seinen wirtschaftlichen Einfluss in Mittel- und Osteuropa auszudehnen versucht.³⁴

3.15 Was sind mögliche Konsequenzen?

Wichtige Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Systeme, wie z. B. die freie Rede und die Pressefreiheit, könnten unter Druck geraten. Schon heute hat man manchmal den Eindruck, dass sich gewisse Medienschaffende in Bezug auf China in Selbstzensur üben, vor allem, wenn sie weiterhin nach China reisen möchten.

Über die Manipulation von Entscheidungsträgern durch die Einheitsfront findet auch eine indirekte politische Einflussnahme statt. So werden sich gewisse Parlamentarierinnen und Parlamentarier gegen jegliche Massnahmen wenden, die zu einer Verurteilung von China oder zu für China nachteiligen Massnahmen führen könnten.

Unterstützt werden könnte dieses Szenario noch durch die Androhung von Sanktionen gegenüber Schweizer Unternehmen in China. Je mehr Schweizer Unternehmen in China tätig sind und je wichtiger das China-Geschäft für das einzelne Unternehmen wird, umso grösser ist die Hebelwirkung solcher Massnahmen.

China bemüht sich, die universellen Menschenrechte in ihrer Substanz auszuhöhlen. Diese Bemühungen fallen in Ländern mit einer ebenfalls zweifelhaf-

Mercator Institute for China Studies MERICS, Beijing sendet neue Drohgebärden Richtung Australien, 26.11.2020 (<https://merics.org/de/kurzanalyse/beijing-sendet-neue-drohgebaerden-richtung-australien>)

³⁴ NZZ, Der Konflikt zwischen China und Litauen schwappt in die EU, 20.12.2021 (<https://www.nzz.ch/international/der-konflikt-zwischen-litauen-und-china-erreicht-die-eu-id.1661046>)

ten Menschenrechtsbilanz auf fruchtbaren Boden. Es ist denkbar, dass sich insbesondere im Rahmen von UNO-Gremien die Kräfteverhältnisse so verschieben werden, dass die allgemeinen Menschenrechte ihre Bedeutung als universell akzeptierter Standard für Menschlichkeit verlieren und als „neokoloniales westliches Konstrukt“ breite Ablehnung erfahren – zum Schaden der Menschen in diesen Ländern.

4 China-Strategie des Schweizerischen Bundesrates

4.1 Drei Prinzipien für die Zusammenarbeit

An seiner Sitzung vom 19. März 2021 hat der Bundesrat eine neue China-Strategie³⁵ verabschiedet, die unter Einbezug aller Departemente verfasst wurde. Nach einer Beschreibung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, des aktuellen Stellenwerts von China in der Welt sowie den sich aus dem autoritären System ergebenden Problemen, werden drei Prinzipien für die Zusammenarbeit abgeleitet. Auf der Basis dieser Prinzipien werden anschliessend Ziele und Massnahmen in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung vorgestellt.

4.2 Beurteilung

Das Programm wirkt insgesamt sehr ambitioniert, aber auch etwas naiv und in sich widersprüchlich. Wichtige Themen wie z. B. der Schutz von Minderheiten werden nicht angesprochen. Dafür hat man bei verschiedenen Punkten den Eindruck, dass der Bundesrat die Macht und Dynamik des autoritären Einparteiensstaats unterschätzt, die Möglichkeiten der Schweiz hingegen massiv überschätzt. Beispiele für solch realitätsferne Ansätze sind:

- Die Schweiz bringt ihre langfristigen Interessen und Werte in Bezug auf die sicherheitspolitische Ausrichtung Chinas besser ein.
- Die Schweiz fördert ein konstruktives Engagement Chinas in der Rüstungskontrolle.
- Die Schweiz fördert die Achtung der Menschenrechte in China.
- Die Schweiz trägt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Produktivität in Unternehmen in China bei.

³⁵ Schweizerische Eidgenossenschaft, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA, Ein ausgewogener, kohärenter und koordinierter Ansatz gegenüber China (https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das_eda/aktuell/newsuebersicht/2021/03/china-strategie-2021-2024.html)

- Die Schweiz vertritt gegenüber China die Vision eines freien, offenen und sicheren digitalen Raums.

Das ist sicher alles gut gemeint, dürfte aber nur wenig Wirkung entfalten, zumal für die Schweiz die wirtschaftliche Zusammenarbeit an erster Stelle steht und alles vermieden werden soll, was diese gefährden könnte. Die Schweiz macht sich mit diesen völlig unrealistischen Erwartungen bestenfalls unglaublich.³⁶

³⁶ Watson, Die Schweiz hat keine Strategie für den neuen Kalten Krieg, 28.12.2021 (<https://www.watson.ch/!766621854>)

